

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Cornelia Ecker
Genossinnen und Genossen
betreffend **Kein Energiekostenzuschuss für Politische Akademien**

eingbracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie und Energie über den Bericht und Antrag gem. §27 GOG-NR betreffend ein Bundesgesetz mit dem das Bundesgesetz über einen Energiekostenzuschuss für Non-Profit-Organisationen erlassen (EKZ-NPOG) und das Transparenzdatenbankgesetz 2012 geändert wird (2125 d.B.)

Die Bundesregierung lässt keine Gelegenheit aus, jeden einzelnen Fehler den man während der Corona-Krise gemacht hat, in der aktuellen Teuerungskrise zu wiederholen.

Schon bei den Corona-Hilfen gab es für einzelne Betriebe massive Überförderungen, die zu massiven Gewinnsteigerungen und letztlich teilweise zu den besten Jahren in der Unternehmensgeschichte geführt haben. Dass ganz normale Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen mit ihren Lohnsteuern Unternehmensgewinne in der Vergangenheit subventioniert haben, ist eigentlich schon unentschuldigbar. Die gleichen Fehler werden aber aktuell etwa beim Energiekostenzuschuss II gemacht. Hier hat sogar schon der Fiskalrat vor massiven Überförderungen gewarnt. Die Dummen sind die steuerzahlenden Menschen. Sie müssen hohe Preise mit dem hart erarbeiteten Geld bezahlen und gleichzeitig subventionieren sie mit ihrem Steuergeld wieder Gewinne von den großen Konzernen.

Aber auch beim NPO-Fonds während der Corona-Zeit wurden schwere Fehler gemacht, die bis heute ein juristisches Nachspiel haben. Die Regierung hatte nämlich damals versprochen, dass politische Parteien von den NPO-Förderungen ausgenommen werden. Dies war jedoch nicht der Fall. Die Parteiakademie der ÖVP hatte – als einzige politische Akademie – die Chuzpe, tatsächlich NPO-Förderungen zu beantragen. 220.000 Euro sind an die Politische Akademie der ÖVP über den Corona-NPO-Fonds geflossen, obwohl man vorher hoch und heilig versprochen hat, den NPO-Fonds eben nicht anzutasten. Dass die ÖVP nicht mal mehr davor zurückschreckt, für ihre Zwecke in einen Topf, der für Caritas und Volkshilfe vorgesehen ist, zu greifen, zeigt eigentlich, dass dieser Partei gar nichts mehr heilig ist.

Nun soll es für NPOs Hilfen in Form von Energiekostenzuschüssen geben. Aber auch hier wird die Möglichkeit aufgemacht, dass auch die politischen Akademien von Parteien auf einen 140 Mio. € Topf zugreifen können. Wieder werden die gleichen Fehler gemacht oder die Öffentlichkeit bewusst hinters Licht geführt. So oder so: Diese Vorgangsweise ist jedenfalls nicht zu akzeptieren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

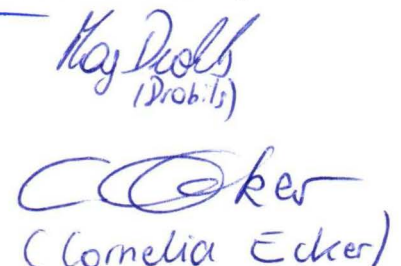
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, wird aufgefordert im Rahmen der Richtlinienerstellung sicherzustellen, dass politische Akademien von Parteien von der Förderung von Energiekosten für NPOs ausgenommen werden.“


(Seemayer)


(Markus Baur)


(Janesch)


(Cornelia Ecker)